

**Ina Sinterhauf**

Direktkandidatin für die bayerische Landtagswahl 2018



---

Rosenauer Straße 107 / 96450 Coburg

sinterhauf@gruene-coburg.de / tel. 0173-3433237

## **Ihr Schreiben mit Fragen zur Landtagswahl**

Sehr geehrte Frau Dörfling,

ich freue mich über Ihr Interesse an den Positionen von Bündnis 90/Die Grünen zur Behebung von Kinderarmut und beantworte Ihnen sehr gern Ihre Fragen. Bei Interesse würde ich mich auch über einen weitergehenden Austausch mit Ihnen und dem Kinderschutzbund freuen.

### **1. Wie kann aus Ihrer Sicht der massiven Benachteiligung armer Kinder entgegengewirkt werden?**

Der Kampf gegen Kinderarmut muss eine hohe Priorität haben, denn Armut prägt Kinder für das ganze Leben. Im angeblichen „Familienland Bayern“ sind Kinder aber immer noch einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Zum Beispiel leben in Bayern allein 123.000 Kinder in ALG II-Bedarfsgemeinschaften. In vielen bayerischen Städten liegt die Quote der Kinder, die auf Sozialgeld angewiesen sind, bei über zehn Prozent.

Armut lässt sich nicht allein mit Geld beheben, sondern muss strukturell aufgelöst werden. Zum Beispiel können für Familien die Schwierigkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, ein Armutsrisiko sein. Vor allem Frauen verzichten wegen der Kindererziehung häufig für längere Zeit auf eine Berufstätigkeit und können in Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen geraten. Damit auch Eltern und Alleinerziehende im für sie notwendigen Maß berufstätig sein können, brauchen wir ein ausreichendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder, welches auch Ferien- und Randzeiten abdeckt. (Zur Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung s. Frage 3.) Wir werden daher den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von null bis zehn Jahren angehen. In den kommenden Jahren brauchen wir in Bayern 30.000 neue Kitaplätze und 10.000 neue Hortplätze, um wenigstens den dringendsten Bedarf aufzufangen.

Die Armut von Kindern ist vor allem eine Folge aus der Armut ihrer Eltern. Einem besonders hohen Armutsrisiko sind in Bayern Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Menschen mit Flucht- bzw. Migrationshintergrund ausgesetzt. Für diese Bevölkerungsgruppen brauchen wir daher gezielte Förderprogramme und Unterstützungsangebote.

Letztendlich muss den Familien aber auch genügend Geld zur Verfügung stehen. Daher wollen wir zur Entlastung von Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen ein Familienbudget schaffen, mit dem das Existenzminimum auch für Kinder einfach und unbürokratisch abgesichert ist. Dafür wollen wir Kindergeld, Kinderzuschläge und Kinderfreibeträge zu einer einkommensunabhängigen und armutsfesten Kindergrundsicherung bündeln. Eltern mit kleinem und mittlerem Einkommen hätten so den gleichen Betrag zur Verfügung wie Eltern mit hohem Einkommen.

Das Ehegattensplitting, welches Alleinerziehende und unverheiratete Paare benachteiligt, wollen wir durch eine sozialgerechte Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Außerdem wollen wir den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um eine Steuergutschrift für Geringverdienende ergänzen. Staatliche Unterhaltsvorschussleistungen für Alleinerziehende müssen schnell und unbürokratisch gewährt werden.

## **2. Wie kann es nach Ihrer Auffassung erreicht werden, Familien ausreichend angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen?**

Unser Ziel ist Wohnraum für alle Menschen im Freistaat. Wir wollen die Verfügbarkeit angemessenen Wohnraums sicherstellen, Mietwucher und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt unterbinden und die prekäre Wohnsituation bedürftiger Menschen verbessern. Dafür werden wir vor allem dem Sozialen Wohnungsbau Vorfahrt einräumen.

Unser Ziel heißt: 50.000 neue Wohnungen mit Sozialbindung in den nächsten fünf Jahren. Dafür werden wir in der kommenden Landtagsperiode insgesamt 5 Mrd. Euro an Investitions- und Fördervolumen bereitstellen, um den Bau von Miet- und Studierendenwohnungen ebenso voranzubringen wie energetische Modernisierung und barrierefreien Umbau. Um mehr Mietwohnraum in die Sozialbindung zu bringen bzw. zu halten, werden wir die Förderung auf bestehenden Wohnraum ausweiten. Wir werden zudem gemeinnützige Akteure, wie kommunale Gesellschaften, Genossenschaften und Baugemeinschaften stärken.

Wir wollen lebendige und vielfältige Orte, Gemeinden und Stadtquartiere, in denen Menschen mit niedrigen und hohen Einkommen, Einheimische und Eingewanderte, Junge und Alte gute Nachbarn sind und eine gemeinsame Lebenswelt teilen. Unser Leitbild ist die grüne Stadt der kurzen Wege, die auf Teilhabe baut und Klimaschutz betreibt. Neue Wohnquartiere brauchen einen Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr. Mit Investitionen in das Wohnumfeld, Infrastruktur und Qualität des Wohnens sowie mit der Unterstützung neuer Wohn- und Lebensformen wollen wir lebendige Nachbarschaften befördern und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Die stark steigenden Grundstückspreise sind ein riesiges Hindernis für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Bereitstellung von leistbaren Mietwohnungen. Mit einer zukunftsfähigen und sozial gerechten Bodenpolitik wollen wir die Entwicklung von bezahlbaren Bauflächen in unseren Städten stärken. Die Schaffung von Wohnraum wollen wir mit einem ökologischen und sozialen Mietrecht flankieren. Wir werden die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zur Bekämpfung von Zweckentfremdungen und prekären Wohnverhältnissen stärken mittels einer wirksamen Mietpreisbremse und der Unterstützung bei der Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln.

## **3. Befürworten Sie den beitragsfreien Besuch von Kindertagesstätten? Falls ja: Wie soll das finanziert werden?**

Wir Grüne wollen langfristig die frühkindliche Bildung ohne Elternbeiträge ermöglichen und die Kita-Gebühren abschaffen. Ohne einen erheblichen Anstieg der öffentlichen Mittel für den frühkindlichen Bereich ist ein solches Versprechen jedoch nicht realisierbar. Wir fordern deshalb, dass sich der Bund an den Kosten der frühkindlichen Bildung beteiligt. Eine finanzielle Beteiligung wäre im Zuge eines Qualitätsentwicklungsgesetzes für die frühe Bildung umsetzbar. Ohne eine erhebliche Aufstockung der Fördermittel geht die Umsetzung der Beitragsfreiheit sonst zwangsläufig auf Kosten der Qualität in der frühkindlichen Bildung.

Daher fordern wir zunächst außerdem eine grundsätzliche Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung und einen bedarfsdeckenden Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze. Erst wenn die Rahmenbedingungen für eine optimale frühkindliche Bildung und Förderung der Kinder stimmen, ist aus unserer Sicht ein vollständiger Verzicht auf Kitagebühren möglich.

Ein Verzicht auf Elternbeiträge für Kinder ab dem ersten Lebensjahr würde eine zusätzliche staatliche Förderung von bis zu 500 Mio. Euro erfordern. Der finanzielle Spielraum für die von uns geforderten qualitativen Verbesserungen (beim Stellenschlüssel, den Arbeitsbedingungen für Kitaleitungen und Fachpersonal, der Förderung von Kindern unter drei Jahren, der Umsetzung der Inklusion in den Kitas und der besseren Integration von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund) ginge ohne eine zusätzliche Förderung durch den Bund für mindestens eine Legislaturperiode verloren.

#### **4. Wie kann nach Ihrer Auffassung bildungspolitisch erreicht werden, dass auch in Bayern allen Kindern nach ihren Fähigkeiten und unabhängig vom Elternhaus gleiche Bildungschancen zur Verfügung stehen?**

Armut während der Kindheit wirkt lebenslang fort. Sie prägt den weiteren Lebensweg und hat Folgen für die gesamte Gesellschaft. Bildungsarmut und damit Chancenarmut wird in Bayern letztlich auch erheblich stärker als in allen anderen Bundesländern vererbt.

Wir Grüne haben Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen im Blick. Mit der Schule für alle sollen alle Kinder gute Startchancen bekommen, und diese sind die zentrale Voraussetzung, um Bildungsarmut zu verhindern. Bildungsgerechtigkeit braucht Investitionen - dabei kommt es vor allem auf Qualität und Qualitätssicherung an. In der frühkindlichen Bildung gibt es hier den größten Nachholbedarf. In den Schulen brauchen wir mehr und bestausgebildete Lehrkräfte, mehr und wirklich gute Ganztagsangebote sowie eine echte Förderkultur für alle Kinder. Kinder als Individuen wahrzunehmen mit jeweils eigenen Potenzialen und Bedürfnissen, wäre notwendig, damit diese Potenziale unabhängig von Herkunft oder Wohnort zur Entfaltung kommen können. Dem steht aber die gegenwärtige Schulkultur entgegen, die auf Bewertung und Aussortieren setzt statt auf Befähigung und Ermutigung.

Ich hoffe, Ihre Fragen damit ausführlich genug und doch prägnant beantwortet zu haben. Mit einer Veröffentlichung dieser Positionen bin ich einverstanden. Gern setze ich außerdem den Austausch zu diesen oder anderen Themen mit Ihnen fort. Als Lobby für Kinder ist der Kinderschutzbund ein wichtiger Akteur in dieser Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Sinterhauf  
Direktkandidatin für die Landtagswahl 2018